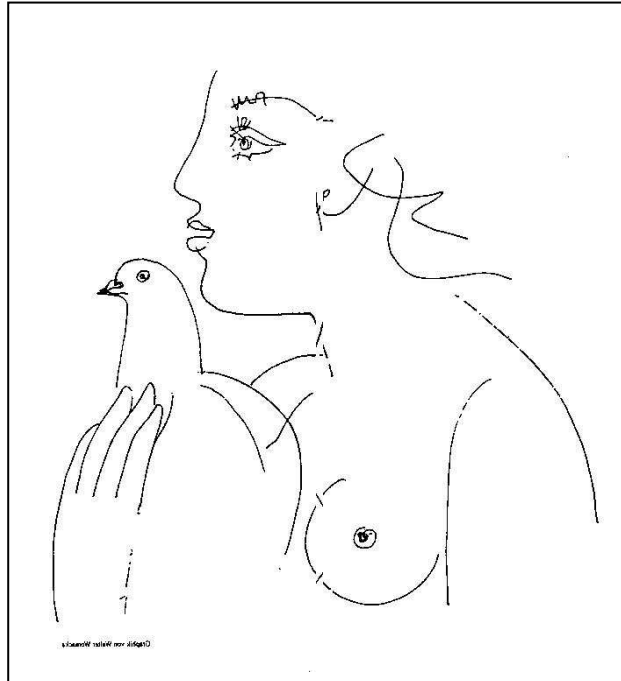


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der

Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 57



„...das tausendmal Gesagte immer wieder sagen...“

(Eine Dokumentation zur DDR-Friedenspolitik)

von

Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 03. Oktober 2009

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.

Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Die bundesdeutsche Politik feiert. Seit Monaten werden – langfristig vorbereitet – „Jubiläen“ und Gedenktage begangen. Vom „Mauerfall“ bis zur „Wiedervereinigung“.

Zahlreiche Institute, Politiker und Historiker, „DDR-Forscher“ und Journalisten, Regisseure und Schauspieler bedienen die nun über Jahrzehnte betriebene Dauerkampagne zur Delegitimierung des ersten Friedensstaates auf deutschem Boden – der DDR.

Die Motive sind nach wie vor die gleichen. **Es darf keine Alternative zur existierenden bürgerlichen Gesellschaft geben.**

Es soll von den bereits spürbaren, vor allem aber von den noch ausstehenden sozialen Folgen der bisher schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise abgelenkt werden. Es sollen Absichten, der Krise mit Rüstung und verstärkter Interventionspolitik zu begegnen, weitgehend verschleiert werden.

So wurde denn der 70. Jahrestag des vom faschistischen Deutschland angezettelten Zweiten Weltkrieges geflissentlich aus der Serie der zu begehenden Gedenktage weitgehend ausgeklammert. Da gab es keine Sondersitzung des Bundestages, um der 60 Millionen Opfer dieses Krieges, darunter der sechs Millionen im Holocaust Umgebrachten und der über drei Millionen getöteten sowjetischen Kriegsgefangenen zu gedenken. Da wurde kein Wort darüber verloren, dass dieser Krieg an die 28 Millionen Krüppel und Millionen und aber Millionen Witwen und Waisen hinterließ. Da wurde natürlich mit keiner Silbe erwähnt, dass das deutsche Finanzkapital und der deutsche Militarismus mit diesem Krieg ihre Gier nach Rohstoffen, Absatzmärkten und Kapitalanlagesphären befriedigten und furchtbare Verbrechen gegen die Menschlichkeit begingen.

Kein Wort wurde und wird von dieser Politik darüber verlautet, dass der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl zum Abschluss des Besuchs von Erich Honecker- in der BRD (1987) sich veranlasst sah, eine gemeinsame Erklärung zu unterzeichnen, die unter anderem die Verpflichtung enthielt, alles zu tun, dass nie wieder von deutschem Boden Krieg ausginge. Worttiraden waren und sind vielmehr über den „Unrechtsstaat“ DDR, über „die zwei Diktaturen“ zu vernehmen, um das Erbe der DDR zu schmähen, um die Wahrheit über die Friedenspolitik ihrer Regierung zu verzerren oder zu verschütten, um die Existenz und das Wirken der Friedensbewegung des Landes zu entstellen.

Zahlen geben Aufschluss darüber, welche Summen die Bundesregierung für die vom Hass gegen die DDR diktierte Propagandaschlacht im „Jubi-

läumsjahr“ 2009 aufwendet. 7.637.000 Euro wurden für Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Mauerfalls zur Verfügung gestellt. Ganze 714.000 Euro, also noch nicht einmal ein Zehntel der zuvor genannten Summe, hatte die Bundesregierung für Maßnahmen anlässlich des 70. Jahrestages des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs und zum Weltfriedens- bzw. Antikriegstag übrig.

Grund umso mehr für die friedliebenden Kräfte unseres Landes, das „**Nie wieder!**“ als immerwährende Verpflichtung wach zu halten. Die Opfer des Zweiten Weltkrieges sind eindringliche und bleibende Mahnung.

Das Vermächtnis von Potsdam

Der Sieg der Antihitlerkoalition über den deutschen Imperialismus und über die faschistische Barbarei wurde in der DDR stets als historische Tat gewürdigt. Für die DDR war das Potsdamer Abkommen, war die Verpflichtung, Faschismus und Militarismus auf deutschem Boden mit der Wurzel auszurotten, „damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder die Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bedrohen kann“, verbindlicher Auftrag. Es galt ein einheitliches, neutralisiertes, entmilitarisiertes und antifaschistisches Deutschland aufzubauen. Die Politik des Staates sowie die Tätigkeit der Parteien und Organisationen waren dem zutiefst verpflichtet. Das Potsdamer Abkommen wurde in der DDR zu innerstaatlichem Recht und die Erhaltung und Sicherung des Friedens zur obersten Staatsdoktrin erhoben. Der Weltfriedenstag hatte einen festen Platz im Leben der Menschen.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus – dieser Ruf der befreiten Häftlinge des KZ-Buchenwald war für die DDR Programm.

Schon im Juni 1945 hatten sowohl KPD als auch SPD programmatisch ihr Bekenntnis für ein neues, friedliches, antifaschistisches und demokratisches Deutschland abgelegt.

Im August 1948 nahmen Schriftsteller und Wissenschaftler wie Anna Seghers, Friedrich Wolf, Hans Marchwitza und Alexander Abusch sowie Prof. Jürgen Kuczynski aus Ostdeutschland am Kongress der Geistes-schaffenden in Wroclaw teil. Im Ergebnis des Kongresses wurde ein internationales Initiativkomitee zur Mobilisierung der Völker für den Frieden gegründet.

Nach dem 1. Weltfriedenskongress im April 1949 in Paris und Prag, auf dem ein Weltfriedenskomitee gewählt wurde, entstanden als seine Basis

in mehr als 100 Ländern nationale Friedenskomitees. Am 10. Mai 1949 wurde das Deutsche Komitee der Kämpfer für den Frieden – Vorläufer des späteren Friedensrates der DDR – konstituiert. Federführend waren der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, der FDGB, die VVN, Antifaschisten, Sozialisten, bürgerliche Demokraten und Christen. Zu den Begründern gehörten die Dichter Johannes R. Becher und Bertolt Brecht, die Schriftsteller Anna Seghers und Arnold Zweig, die Wissenschaftler Prof. Walter Friedrich und Prof. Stefan Heymann, der damalige CDU-Vorsitzende Otto Nuschke, Pfarrer Kleinschmidt und weitere Persönlichkeiten.

Als Antwort auf die Schaffung des westdeutschen Separatstaates im Mai 1949 konstituierte sich wenige Monate später der Volksrat, der aus der demokratischen Volkskongressbewegung „Für Einheit und gerechten Frieden“ hervorgegangen war, am 7. Oktober 1949 zur provisorischen Volkskammer der DDR.

In seiner Antrittsrede erklärte DDR-Präsident Wilhelm Pieck am 11. Oktober 1949:

„Wir werden gewissenhaft die Verpflichtungen erfüllen, die uns das Potsdamer Abkommen auferlegt, wodurch wir uns wieder das Vertrauen der Welt erobern und uns in die Gemeinschaft der friedliebenden demokratischen Völker einreihen wollen.“

Dieser Standpunkt spiegelte sich auch in der Regierungserklärung des ersten Ministerpräsidenten der DDR, Otto Grotewohl, vom 12. Oktober 1949 wieder:

„Zwei Weltkriege in einer Generation hat der deutsche Imperialismus dem deutschen Volk gebracht...Alle fortschrittlichen Kräfte müssen dafür sorgen, dass nie wieder der deutsche Imperialismus in seinem Drang nach Eroberungen die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zerstören kann.“

Später würdigte Wilhelm Pieck den gemeinsamen Widerstand französischer und deutscher Patrioten gegen die Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland mit den Worten:

„Die Deutsche Demokratische Republik wird nie und nimmer dulden, dass von deutscher Seite jemals wieder Krieg gegen das französische Volk geführt wird.“

Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte hatte mit der DDR der Kampf um Frieden eine staatliche Grundlage erhalten. Diese Tatsache

erklärt auch die schnelle Entwicklung einer bald Millionen umfassenden Friedensbewegung. Sie sah ihre Verpflichtung darin, die Bürger des Landes mit der Idee dauerhaften Friedens, mit wahrer Friedensgesinnung und dem engagierten Streben nach Friedenssicherung zu erfüllen. Sie war von Anfang an Teil der weltweiten Friedensbewegung und pflegte vielfältige Kontakte mit den Friedensbewegungen der anderen Länder. In den ersten Jahren dieser Bewegung entstanden und arbeiteten Friedenskomitees in Betrieben, Institutionen und Schulen.

Gegen Spaltung und Remilitarisierung, für Friedensvertrag

Schon 1947 waren in Washington die Weichen auf Spaltung Deutschlands gestellt worden. Die „New York Times“ schrieb am 23. Juli 1947: „Offizielle Persönlichkeiten in Washington glauben, dass die Fortsetzung des Viermächterregimes den Kommunismus in ganz Deutschland zur Folge haben werde. Es sei vorzuziehen, einen Teil Deutschlands für die Westmächte zu retten.“

Am 16. Mai 1949, einige Tage vor der Verabschiedung des Grundgesetzes, verdeutlichte die „Washington Post“ den von der US-Administration eingeschlagenen Kurs: „Eine Regierung wird auf jeden Fall für die drei Westzonen Deutschlands gebildet werden.“ Dementsprechend lautete Adenauers Leitmotiv: „Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb“. Das war in dem gleichen Jahr, da auf Initiative und Geheiß Washingtons die NATO gegründet worden war.

Die BRD war in den Plänen des US-Präsidenten Truman als „zuverlässiges Bollwerk“, „Brückenkopf“ bzw. „Speerspitze gegen den Kommunismus“ bestimmt. Entsprechend der US-Strategie des „roll back des Kommunismus“

Potsdam war aufgekündigt, Remilitarisierung angesagt. Die sogenannte Dienststelle Blank versammelte deutsche Kriegsverbrechergenerale wie Halder, Heusinger, Speidel und andere im „Arbeitsstab Halder“, um einen neuen „Ostlandritt“ zu planen. Halders Überlegungen wurden in der „New York Herald Tribune“ vom 25. April 1951 dargelegt, wonach „es mehrere Jahre dauern werde, um eine neue Generation deutscher Jugend zu Soldaten heranzubilden. Er habe vorgeschlagen, die Bundesregierung solle zunächst alle alten Russlandkämpfer erfassen, damit sie im Ernstfall schnell ausgehoben werden können.“

Die Regierung der DDR wollte sich mit der Spaltung Deutschlands und der Remilitarisierung Westdeutschlands nicht abfinden.

Am 30. November 1950 wandte sich DDR-Ministerpräsident Grotewohl an BRD-Bundeskanzler Adenauer:

„Durch die Spaltung Deutschlands wurde ein nationaler Notstand herbeigeführt, der durch die Remilitarisierung und Einbeziehung Westdeutschlands in die Pläne der Kriegsvorbereitung verschärft wurde. Das deutsche Volk ist tief beunruhigt über die Bedrohung seiner nationalen Interessen durch die imperialistischen Kräfte.

Angesichts dieser Lage ist die Erhaltung des Friedens, der Abschluss eines Friedensvertrages sowie die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands vor allem von der Verständigung der Deutschen selbst abhängig. Wir halten eine solche Verständigung für möglich, da das ganze deutsche Volk eine friedliche Regelung wünscht.“

Ministerpräsident Grotewohl hatte dabei die Tatsache berücksichtigt, dass sich auch in der BRD eine machtvolle Bewegung gegen die Remilitarisierung entwickelt hatte, in der die SPD damals noch eine führende Rolle spielte.

In diesem Jahr 1950 verabschiedete die DDR-Volkskammer auf Initiative des Friedensrates das „Gesetz zum Schutz des Friedens“.

Die Volkskammer schlug am 31. Januar 1951 „eine friedliche Lösung der Lebensfragen unserer Nation“ vor:

„Die Schaffung eines einheitlichen, demokratischen und friedlichen Deutschland kann durch freie demokratische Wahlen zu einer Nationalversammlung gefördert werden.“

Erforderlich sei, dass sich die Deutschen an einen Tisch setzten. Baldmöglichst sollte ein Friedensvertrag mit Deutschland abgeschlossen werden, „der ihm wirkliche Souveränität und nationale Unabhängigkeit sichert und zum Abzug der Besatzungstruppen führt.“

Sowohl der Brief Grotewohls als auch der Vorschlag der Volkskammer blieben unbeantwortet.

Im September 1951 wandte sich die Volkskammer der DDR in eindringlichen Worten an den Bundestag der BRD:

„Wird Deutschland in einen neuen Krieg hineingezogen, dann wird unsere Heimat zum Schlachtfeld, zu einer grauen Zone der Vernichtung und Millionen deutscher Menschen, besonders der deutschen

Jugend, werden zugrunde gehen. Das würde ein brudermörderischer Krieg Deutscher gegen Deutsche sein.“

Volkskammer und Regierung der DDR ermöglichten, dass sich Volksbefragungen für Frieden und Abrüstung auf gesetzlicher Grundlage vollziehen konnten. So beispielsweise die gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands. Dort wurde die Volksbefragung von der Bonner Regierung verboten.

1952 unterbreitete die Regierung der UdSSR den Entwurf eines Friedensvertrages. Selbstverständlich musste ein Friedensvertrag – entsprechend dem Übereinkommen der Alliierten in Potsdam – der Existenz und der Entwicklung des Militarismus in der BRD einen Riegel vorschieben.

1954 legte die Sowjetunion einen ergänzten Vertrag vor und 1959 schließlich einen neuen Entwurf, der den inzwischen eingetretenen veränderten Bedingungen Rechnung trug. Zu keinem der Entwürfe bekannte sich die Bundesregierung. Sie zeigte keinerlei Bereitschaft, die historische Chance zu nutzen und die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Initiative zu prüfen.

1957 hatte die Regierung der DDR vorgeschlagen, die Frage nach dem konkreten Weg zur allmählichen Annäherung der beiden deutschen Staaten durch Bildung eines Staatenbundes zwischen DDR und BRD auf der Basis eines völkerrechtlichen Vertrages zu beantworten.

Auf der Sitzung der Genfer Außenministerkonferenz im Mai 1959 erklärte DDR-Außenminister Bolz u.a., „dass es das Ziel unserer ganzen Politik wie auch der Mitwirkung an dieser Konferenz ist, eine erneute Bedrohung des Friedens durch den deutschen Militarismus für alle Zeiten auszuschließen...Die DDR ist gewillt, ihre ganze Kraft dafür einzusetzen, dem deutschen Volke den Frieden zu sichern und die Spaltung Deutschlands zu überwinden...Das deutsche Volk hat ein besonderes Interesse an dem Abschluss eines Friedensvertrages in möglichst kurzer Frist, weil es ihm einen dauerhaften Frieden und die Möglichkeit geben soll, sein Selbstbestimmungsrecht uneingeschränkt auszuüben.“

Die Adenauer-Regierung wies diese Friedensinitiative – wie alle bisherigen Initiativen der DDR und der UdSSR – zurück. Adenauer hatte wiederholt betont, dass es nicht um Wiedervereinigung, sondern um „die Befreiung der Zone“, um den „Tag X“ gehe.

In der BRD wurde in dieser Zeit durch antikommunistische Propaganda, nicht zuletzt durch massive, andauernde Kampagnen über eine angebliche „Bedrohung aus dem Osten“ und das Einschwenken der SPD-Führung auf den Adenauer-Kurs der Widerstand gegen die Remilitarisierung gebrochen. 1955 wurde die BRD Mitglied der NATO und die Spaltung damit beträchtlich vertieft.

Die BRD wurde nicht nur Hauptstationierungsland der NATO, nicht nur das größte US-Waffenlager in Europa und Lagerplatz sowie Abschussrampe für US-Atomwaffen, sondern auch Manöverfeld für geplante Kernwaffenschläge gegen die sozialistischen Staaten. CSU-Vorsitzender Strauß, der dem Adenauer-Kabinett angehörte, verlangte bundesdeutsche Verfügungsgewalt über Atomwaffen.

In der derart negativ veränderten Situation in Mitteleuropa unterbreitete 1960 der Vorsitzende des DDR-Staatsrates Walter Ulbricht der Bonner Regierung folgendes Angebot:

- „ 1. Abschluss eines Friedens für zehn Jahre. Verzicht auf Gewaltanwendung in dieser Zeit.
2. Einstellung jeglicher Kriegspropaganda und Vereinbarung eines Rüstungsstops in Deutschland.
3. Fortführung des Handelsvertrages mit Westdeutschland und der Zusatzabkommen.
4. Beide deutsche Regierungen sollen sich für den Abschluss eines Nichtangriffspaktes zwischen den Staaten des NATO-Paktes und den Staaten des Warschauer Vertrages einsetzen.“

Auch dieses Angebot wurde von der Adenauer-Regierung abgelehnt. Sie setzte trotz weiterer Friedensinitiativen der DDR – als Beispiel sei hier der „Deutschlandplan des Volkes“ genannt – den für den Frieden in Deutschland und in Europa gefährlichen politischen Kurs fort.

Gegen Aufrüstung, für Abrüstung

Im Potsdamer Abkommen war die „Vernichtung des deutschen Kriegspotentials“ festgelegt worden. Die „Produktion von Waffen, Kriegsausrüstung und Kriegsmitteln“ war „zu verbieten und zu unterbinden.“ Die Rüstungsschmieden des faschistischen Deutschland sollten nicht wieder ihr todbringendes Geschäft betreiben können. Die Bonner Regierung setzte sich über diese Bestimmungen hinweg.

In der DDR hatten die Nutznießer von Krieg und Völkermord ausgespielt. Entsprechend dem Potsdamer Abkommen wurden Rüstungsbetriebe demontiert bzw. enteignet, in Volkseigentum überführt und für zivile Produktion bestimmt.

Die Regierung der DDR unterstützte den von der UdSSR vorgeschlagenen Friedensvertrag, der ein entmilitarisiertes, friedliches und neutrales Gesamtdeutschland vorsah. Das entsprach auch ihren politischen Prinzipien und Zielen.

Unterstützt von der Friedensbewegung erwies sich die Regierung der DDR immer wieder als ein entschiedener Gegner der Remilitarisierung und Wiederaufrüstung in der BRD.

Als im März 1950 auf dem Höhepunkt des Korea-Krieges US-Militärs den Einsatz von Atomwaffen erwogen, beschloss das Komitee des Weltkongresses der Kämpfer für den Frieden den (ersten) Stockholmer Appell für ein Verbot der Atomwaffen und zur Ächtung ihres Einsatzes. 16 Millionen Bürger der DDR unterstützten diesen Appell mit ihrer Unterschrift. Als einer der ersten unterzeichnete ihn Präsident Wilhelm Pieck.

In seiner Regierungserklärung vom 29. Mai 1956 schlug Ministerpräsident Grotewohl der Bonner Regierung u.a. vor:

- „ 1. dass sich beide Regierungen verpflichten, die Wehrpflicht nicht einzuführen und eine Vereinbarung über die Begrenzung der Streitkräfte zu treffen,
2. dass sich beide Regierungen gemeinsam oder getrennt für das Verbot der Stationierung von Atomkanonen und anderen Atomwaffen auf deutschem Boden einsetzen“

Die Nationale Front der DDR und die in ihr verbundenen Parteien unterstützten die Bemühungen der Regierung.

In einer Deklaration vom 23. April 1956 forderte die Nationale Front „ die Schaffung einer Zone besonders begrenzter und kontrollierter Rüstung, die insbesondere die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik umfasst und in der keinerlei Atomwaffen stationiert werden dürfen.“

1958 wandte sich das ZK der SED mit einem Brief an den Parteitag der SPD in Stuttgart. Darin hieß es:

„Die nationalen Interessen des deutschen Volkes erfordern die Erhaltung des Friedens. Darum ist die Verhinderung der atomaren Aufrüstung in Westdeutschland und die Schaffung einer atomwaffenfreien

Zone in Europa die grundlegende nationale Gegenwartsaufgabe der deutschen Arbeiterklasse und der deutschen Arbeiterparteien.“

Weiterführende Vorschläge, so für allgemeine und totale Abrüstung sowie für eine deutsche Konföderation wurden 1960 in dem Offenen Brief des ZK der SED an die Arbeiterschaft der Bundesrepublik unter dem Titel „Deutschlandplan des Volkes“ unterbreitet.

Bereits 1959 übersandte DDR-Außenminister Bolz dem Außenminister der BRD, von Brentano, den Entwurf eines Nichtangriffspaktes zwischen der DDR und der BRD.

Die DDR beteiligte sich im Rahmen der abgestimmten Außenpolitik der sozialistischen Staaten an allen Abrüstungsinitiativen.

So trat die DDR u.a. ein

- für die Einrichtung einer Zone für vertrauensbildende Maßnahmen
- für eine Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa
- für die Erarbeitung eines internationalen Vertrages, der die Ausdehnung des Wettrüstens auf den kosmischen Raum verhindern sollte
- für eine Kürzung der Militärhaushalte
- für einen Vertrag der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der NATO über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt.

Die DDR betrachtete Frieden und Abrüstung als Grundbedingung des gesellschaftlichen Fortschritts.

Aus der Fülle der Aktivitäten der Friedensbewegung der DDR zur Unterstützung der sowjetischen Abrüstungsinitiativen sei hier nur als Beispiel der „Ruf aus Dresden“ genannt, zu der der Friedensrat rund 200 Persönlichkeiten aus 16 Ländern im Mai 1960 eingeladen hatte. Der „Ruf“ gipfelte in der Forderung nach einer globalen „radikalen und totalen Abrüstung“.

Entspannungsphase

Angeichts des annähernden militärischen Gleichgewichts zwischen den beiden sich gegenüberstehenden hochgerüsteten Militärblöcken setzte sich auch bei westlichen Politikern die Erkenntnis durch: Wer als erster schießt, der stirbt als zweiter.

1966 hatten die sozialistischen Staaten erstmalig die Einberufung einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vorgeschlagen. Der Leninschen Idee der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung folgend, traten sie beharrlich Jahr für Jahr für die Einberufung einer solchen Konferenz ein. Die DDR verfocht die Leninsche Idee auch in ihrem Verhältnis gegenüber der BRD. In einer Adresse Walter Ulbrichts an Albert Schweitzer zu dessen 90. Geburtstag am 14. Januar 1965 ist zu lesen:

„Volkskammer, Staatsrat und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik tun alles, was in ihren Kräften steht, um den Frieden zu sichern, dem Grundsatz der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen auch in Deutschland durchzusetzen und die allgemeine und vollständige Abrüstung endlich zu verwirklichen. Wie Sie sicherlich auch schon feststellen konnten, ist immer dann, wenn es um die Sicherung des Friedens geht, die Stimme der Deutschen Demokratischen Republik in Deutschland und in der Welt hörbar zu vernehmen

In den 1970er Jahren erzwang die sozialistische Staatengemeinschaft, unterstützt von den Friedenskräften der Welt, eine Entspannungsphase. Die Adenauer-Politik war gescheitert. Die Bundesregierung unter Willy Brandt schloss mit der UdSSR, Polen und der CSSR die sogenannten Ostverträge und mit der DDR den Grundlagenvertrag ab.

1975 fand in Helsinki dann die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa statt. Die Beschlüsse der Konferenz zur Sicherung des Friedens verdeutlichten die Übereinstimmung mit der von der DDR-Regierung seit je betriebenen Politik, wie sie auch in der Verfassung der DDR fixiert war. Die Artikel 6 und 8 dieser Verfassung unterstreichen diese Feststellung:

„Artikel 6:

Die Deutsche Demokratische Republik hat getreu den Interessen des Volkes und den internationalen Verpflichtungen auf ihrem Gebiet den deutschen Militarismus und Nazismus ausgerottet. Sie betreibt eine dem Sozialismus und dem Frieden, der Völkerverständigung und der Sicherheit dienende Außenpolitik. Die DDR setzt sich für die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, für eine stabile Friedensordnung in der Welt und für die allgemeine Abrüstung ein.“

Artikel 8:

Die allgemein anerkannten, dem Frieden und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker dienenden Regeln des Völkerrechts sind für die Staatsmacht und jeden Bürger verbindlich.

Die Deutsche Demokratische Republik wird niemals einen Eroberungskrieg unternehmen oder ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einsetzen.“

Mit Helsinki war eine vertragliche Grundlage für tragfähige Staatenbeziehungen geschaffen worden.

Die DDR schloss 60 Verträge mit kapitalistischen Staaten und gewann weltweit internationale Anerkennung.

Die DDR wurde – wie die BRD – Mitglied der UNO. Damit waren für die DDR ungleich größere Möglichkeiten gegeben, in der internationalen Arena für den Frieden zu wirken. So stimmte – beispielsweise - 1975 die DDR in der UNO für alle 25 Entschlüsse zur Abrüstung, die die 30. Vollversammlung fasste.

Der Grundsatz der DDR-Politik, dass die Lösung der Zukunftsaufgaben der Menschheit Frieden erfordert, brachte ihr Anerkennung und Hochachtung in der internationalen Staatenwelt.

Mit der Aufnahme der DDR in den Genfer Abrüstungsausschuss konnte sie auch in diesem Gremium ihren Standpunkt zur Beendigung des Wettrüstens einbringen.

Der 1976 beschlossene (zweite) Stockholmer Appell zur Einstellung des Wettrüstens und für Abrüstung fand die Unterstützung der DDR-Volkskammer. In ihrer Stellungnahme gaben die Abgeordneten dem Appell des Weltfriedensrates ihre volle Zustimmung:

„Der neue Stockholmer Appell der Weltfriedensbewegung entspricht dem Lebensinteresse der Menschheit für eine Welt des Friedens, des Fortschritts und der nationalen Unabhängigkeit der Völker. Im Sinne des Stockholmer Appells gilt es, weltweit die Überzeugung zu verbreiten, dass es immer dringlicher wird, die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen.“

Der Appell wurde auf Versammlungen und Kundgebungen des DDR-Friedensrates von Millionen Bürgern unterstützt.

1980 und 1981 war die DDR Mitglied des UNO-Sicherheitsrates.

Begrenzter Atomkrieg in Europa?

Während der 1970er Jahre entwickelten sich vielfältige Staatenbeziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten – ein Alarmsignal für den Militär-Industrie-Komplex der USA und die NATO-Spitze sowie Ausgangspunkt für neue politische Kampagnen gegen Entspannung, Frieden und Sicherheit. Die Bedrohungslüge, vor allem die sogenannte Lückenlüge, wurde verstärkt propagiert. Der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt wurde unterstellt, eine Überlegenheit bei dieser oder jener Waffenart zu besitzen. Im Westen wurde die Hochrüstung erneut angekurbelt.

Zur gleichen Zeit, als 1978 in New York die UNO auf einer Sondertagung über Abrüstungsmaßnahmen beriet, beschlossen in Washington Vertreter der NATO ein sogenanntes Langzeitprogramm umfangreicher Rüstungen. Ende 1979 wurde im Brüsseler NATO-Hauptquartier von den Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedsländer die „Modernisierung der nuklearen Bewaffnung in Europa“ eingeleitet. Das war der Startschuss für die materiellen und militärischen Vorbereitungen eines Nuklearkrieges auf unserem Kontinent.

US-Präsident Reagan hatte das annähernde militärische Gleichgewicht, das „Gleichgewicht des Schreckens“, in Abrede gestellt, da diese These die „Anerkennung der Gleichberechtigung des weltpolitischen Gegners“ bedeute. Im Rahmen der „neuen Nuklearstrategie“ wurde ein „Blitzkrieg“, ein „Enthauptungsschlag“ gegen die Sowjetunion vorbereitet. Dem diene die Stationierung von 108 neuen US-Mittelstreckenraketen des Typs „Pershing II“ und von 464 Cruise Missiles in Westeuropa. Das Pentagon begründete die „Nachrüstung“ mit der Indienstnahme der „SS-20“ durch die Sowjetarmee. Fakt war jedoch, dass diese Rakete - als der Nachrüstungsbeschluss gefasst wurde noch gar nicht existierte.

Bei der Stationierung „Pershing II“ in Europa setzte man in Washington auf ihre größere Reichweite und erhöhte Treffsicherheit sowie auf den Wegfall der Vorwarnzeit für die Sowjetunion.

Reisebüros in den USA warben mit dem Slogan: „Besuchen Sie Europa – solange es noch da ist!“

Ein nuklearer Weltbrand drohte. Die Frage von Krieg und Frieden war in die nukleare Dimension gerückt. Die Gattung Mensch war akut bedroht.

Im September 1980 wandte sich das in Sofia tagende Weltparlament der Völker für den Frieden an die Weltöffentlichkeit:

„Die ‚neue Nuklearstrategie‘ ist ein groß angelegtes Täuschungsmanöver: Den Völkern soll vorgespiegelt werden, es sei möglich, einen begrenzten oder regionalen Kernwaffenkrieg zu führen, ohne eine weltweite nukleare Katastrophe auszulösen. Wir weisen diese gefährlichen, unmenschlichen Absichten entschieden zurück!

Wir appellieren an Vernunft und Verantwortungsbewusstsein aller Politiker und Staatsmänner, wir appellieren an die Regierungen: Keine neuen Rüstungsprogramme! Hört auf mit der Produktion neuer Arten von Massenvernichtungsmitteln – Raketen, Neutronenwaffen, chemischer und aller anderen Waffenarten!

Reduziert die Arsenale! Ächtet die Kernwaffen! Verhandelt!“

Weltweit wurden machtvolle Aktionen der Friedenskräfte gegen den drohenden Atomtod durchgeführt, auch in der DDR und in der BRD.

Vehement verlangte DDR-Staatsratsvorsitzender Erich Honecker den Abzug der Raketen. Seine Forderung „Weg mit dem „Teufelszeug“ war nicht nur westwärts gemeint.

Auf der Karl Marx-Konferenz im April 1983 in Berlin führte er u.a. aus:

„Ohne Umschweife geben die aggressiven Kreise des Imperialismus zu erkennen, dass sie den nuklearen Erstschlag und damit das Risiko eines nuklearen Weltkrieges einkalkulieren. In der Logik einer solchen Politik liegt es, die Rüstungen in astronomische Höhen zu schrauben...

Für die Völker hingegen sind immer neue Runden des Wettrüstens eine drückende Bürde... Wenn es zum Stopp des Wettrüstens, zu praktischen Maßnahmen der Abrüstung kommt, dann können enorme Summen der Lösung jener Menschheitsprobleme zufließen, die so dringlich auf der Tagesordnung stehen... Vor diesem Forum, das sich zu Ehren von Karl Marx versammelt hat, möchte ich es als ein Gebot der Stunde bezeichnen, dass alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die den Frieden aufrichtig wollen, ungeachtet unterschiedlicher politischer Programme, weltanschaulicher Positionen und religiöser Bekenntnisse, über Klassenschranken, über Trennendes hinweg zusammenwirken, um die Völker vor der Katastrophe eines Nuklearkrieges zu bewahren.“

Die DDR nahm mit ihren, vor allem an die Adresse der Bundesregierung gerichteten Initiativen um die Schaffung einer chemie- bzw. atomwaffenfreien Zone in Europa ein spezielles Sicherheitsinteresse sowohl der DDR als auch der BRD wahr. Die Bundesregierung reagierte ausweichend.

Daraufhin kam es im Ergebnis intensiver Gespräche zwischen Experten der SED und der SPD im Juni 1985 zur Erarbeitung eines „Rahmens für ein Abkommen zur Bildung einer von chemischen Waffen freien Zone in Europa.“ Ein ähnlicher Ansatz führte zu Gesprächen zwischen Vertretern beider Parteien über die Bildung eines von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Korridors in Mitteleuropa sowie über Fragen einer gegenseitigen strukturellen Nichtangriffsfähigkeit. Mit diesen Dokumenten waren Möglichkeiten für Handlungen der Regierungen eröffnet. In einem Brief an BRD-Bundeskanzler Kohl hatte Erich Honecker die Bereitschaft der DDR erklärt, das gesamte Territorium der DDR in einen von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freien Korridor einzubringen, falls die BRD-Regierung zu einem entsprechenden Schritt bereit wäre.

In diesen spannungsgeladenen Jahren betonte Honecker wiederholt die Verantwortung der beiden deutschen Staaten für die Erhaltung des Friedens in Europa. So auch im Frühjahr 1984:

„Unmittelbar an der Trennlinie zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen den Bündnissen des Warschauer Vertrages und der NATO leistet die Deutsche Demokratische Republik, getreu dem Schwur, dass nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgehen darf, seit ihrer Gründung vor fast 35 Jahren ihren konstruktiven, tatkräftigen Beitrag dazu. Gerade angesichts der Gegebenheiten in Europa treten Sinn und Nutzen von Beziehungen friedlicher Koexistenz deutlich zutage, und es bestätigt sich, dass ihre Durchsetzung im Lebensinteresse aller Völker des Kontinents liegt.“

Die Pläne der US-Administration und der NATO für einen nuklearen Holocaust wurden verhindert.

Die Millionenproteste und Aktionen der Friedenskräfte in den europäischen Ländern, vor allem auch in der BRD, die konsequente Friedenspolitik der sozialistischen Staaten, darunter der DDR, hatten in dieser Auseinandersetzung Erfolg. Damit war die Gefahr jedoch nicht gebannt.

Am Weltfriedenstag 1986 führte Erich Honecker anlässlich der Übergabe des Friedensreports „Die Deutsche Demokratische Republik im In-

ternationalen Jahr des Friedens“ durch Vertreter der Friedensbewegung aus:

„Heute, 41 Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, ist der Weltfriedenstag eine besonders aktuelle Mahnung. Die Welt steht an einem Wendepunkt. Im nuklear-kosmischen Zeitalter entscheidet die Erhaltung des Friedens über die weitere Existenz der gesamten Menschheit. In einem Atomkrieg würde es weder Sieger noch Besiegte geben, übrig bliebe nur eine radioaktive Wüste.

Dies verlangt die entschiedene Absage an jedes Streben nach militärstrategischer Überlegenheit. Es verlangt, alles zu tun, um die Zukunft der Menschheit zu sichern.“

Friedensbewegung in der DDR auf der Höhe der Aufgaben

In den Jahren der Existenz der DDR haben die vom Friedensrat in Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Organisationen initiierten Aktionen die Millionen Bürger erfasst. Es gab keinen Widerspruch zwischen der offiziellen Staatspolitik und der Sehnsucht der Bürger der DDR nach Frieden und ihren Handlungen diesen zu sichern.

Der Friedensrat in der DDR hat in den 1980er Jahren beeindruckende Aktionen gegen die - infolge der Stationierung von US-Atomraketen in Westeuropa - ausgelöste akute Gefährdung des europäischen Entspannungsprozesses und des Weltfriedens organisiert. Für die Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen, für die Ratifizierung de SALT-II-Abkommens, für eine von nuklearen Gefechtsfeldwaffen freie Zone in Mitteleuropa und gegen den von der US-Administration „angedachten“ und geplanten „auf Europa begrenzten Atomkrieg“ erhoben Millionen auf Friedensmanifestationen ihre Stimme. 13 Millionen Bürger setzten ihre Unterschrift unter eine Willenserklärung gegen neue Atombomben und für die Fortsetzung des Entspannungsprozesses.

Neben den schon erwähnten Unterschriftensammlungen für Appelle des Weltfriedensrates und zur Unterstützung von Abrüstungsinitiativen der UdSSR und anderer sozialistischer Länder, insbesondere der Regierung der DDR, wurden verschiedenartige Formen der Aufklärung und der Mobilisierung der Menschen im Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens gefunden.

So gab es Journalisten-Basare des Friedens, der Völkerfreundschaft und der internationalen Solidarität am Vorabend des Weltfriedenstages, Veranstaltungen „Rock für den Frieden“ der bekanntesten Rocksänger und -

Gruppen der DDR sowie das Deutschlandsender-Solidaritätskonzert „Dem Frieden die Freiheit!“.

Da war das kirchliche Friedensengagement, wie es sich in der aktiven Mitwirkung der DDR-Sektion an der Christlichen Friedenskonferenz (CFK) oder an der Berliner Konferenz Katholischer Christen (BK) erfüllte.

Da waren Matineen, Ausstellungen bildender Künstler, Lesungen von Schriftstellern, Auftritte von Schauspielern und Sängern, in denen sie mit ihrer Kunstform der Friedensehnsucht der Menschen Ausdruck verliehen.

Da war auch die grenzüberschreitende Initiative der Schriftsteller „Berliner Begegnung zur Friedensförderung“.

Die Friedensbewegung in der DDR hatte mit ihrem Eintreten für das grundlegende Menschenrecht, das Recht auf Leben, gegen einen nuklearen Holocaust, für Schritte der Abrüstung Anteil an den für die Menschheit so entscheidenden Erfolgen der Friedenskräfte der Welt

In diesem weltweiten Ringen wurde der US-Imperialismus daran gehindert, ein weiteres Hiroshima-Nagasaki-Verbrechen in Szene zu setzen. Erreicht wurden das Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im kosmischen Raum und unter Wasser, die Konvention über das Verbot (Entwicklung, Herstellung und Lagerung) bakteriologischer und toxischer Waffen sowie über deren Vernichtung, der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, das Abkommen UdSSR-USA über die Verhütung eines Nuklearkrieges und andere bedeutsame vertragliche Vereinbarungen zur Friedenssicherung.

70 Jahre danach

Die DDR hatte sich von den reaktionären Traditionen des deutschen Militarismus abgekoppelt. Sie erfüllte das Vermächtnis des über hundert Jahre währenden Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung, der besten Bestrebungen des Bürgertums, überhaupt aller humanistischen Kräfte unseres Volkes. Vier Jahrzehnte lang betrieb sie eine konsequente Friedenspolitik. Sie verkörperte die grundlegende Wende vom Krieg zum Frieden in der Staatspolitik. **Die DDR bestätigte die Marx'sche Voraussicht, wonach das internationale Prinzip des Sozialismus der Friede sein werde.**

Mit dem Anschluss der DDR an die BRD wurde im größer gewordenen Deutschland die vom Militarismus und von imperialistischen Expansionsdrang geprägte Vergangenheit politisch wieder gegenständlich.

60 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, neun Jahre nach dem Anschluss der DDR an die BRD, wurde Deutschland wieder kriegführende Macht. **Mit der Teilnahme der Bundeswehr am NATO-Überfall auf Jugoslawien wurde eine lang anhaltende Friedensperiode für unseren Kontinent beendet.**

Kanzler Kohl hatte in den 1990er Jahren die „Rückkehr zur Normalität“ angekündigt. Kanzler Schröder proklamierte nach der Bombardierung Jugoslawiens die „Enttabuisierung des Militärischen“. Seit einigen Jahren wird „Deutschland am Hindukusch verteidigt“, sichert die Bundeswehr den „Zugang zu Ressourcen und Märkten“ für „die deutsche Wirtschaft“! Das bundesdeutsche Waffengeschäft blüht.

Frau Merkel, seinerzeit noch Oppositionspolitikerin, hatte die US-Intervention gegen den Irak voll gebilligt, indem sie erklärte: „Man hatte einen Punkt erreicht, an dem Krieg unvermeidlich geworden war.“ Als Kanzlerin rechtfertigt sie den nun fast schon acht Jahre andauernden Krieg gegen Afghanistan vollauf, den ihr Bundeswehrminister Jung noch fünf bis zehn Jahre zu führen gedenkt. Nach dem jüngsten Kriegsverbrechen im Gebiet des afghanischen Kundus betonte sie, es gäbe keine Alternative zu den Handlungen der NATO-Kriegskoalition. „Ziel und Strategie des Einsatzes der NATO“ seien „ohne vernünftige Alternative“.

In den Tagen, da mit der Entfesselung eines Krieges im Kaukasus durch den Hasardeur Saakaschwili eine gefährliche Destabilisierung der Lage in Europa herbeigeführt wurde, versprach die Bundeskanzlerin: „Georgien wird, wenn es das will, und das will es ja, Mitglied der NATO sein. Und sie verstieg sich zu der Ungeheuerlichkeit: Wenn Russland angriffe (!), träte für die NATO der Bündnisfall, also kollektive Hilfe für den Angegriffenen ein! Also der Kriegsfall. Offenbar unterstützt sie auch Szenarien für Angriffe auf den Iran, wenn sie in der zweiten Augushälfte 2009 in Bezug auf den Atomstreit mit diesem Land betont, es lägen „alle Offerten“ an Teheran „auf dem Tisch“.

Was bedeutet da schon gelegentlich ausgedrücktes Bedauern über die Opfer des Zweiten Weltkrieges, wie kürzlich auf der Westerplatte bei Gdansk!

70 Jahre nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bietet unsere Welt ein besorgniserregendes Bild.

Die Hochrüstung in der Welt hat Dimension angenommen, wie sie selbst zu Hochzeiten des kalten Krieges nicht erreicht worden sind. Über eine Billion Dollar werden heute, vor allem von den NATO-Mitgliedsstaaten, besonders den USA, für die Entwicklung und Produktion immer zerstörerischer Kriegstechnik verschleudert.

Die anstehenden Menschheitsprobleme wurden infolge neoliberaler Globalisierung und imperialistischer Ressourcenkriege verschärft. Mit dem im September 2000 von den Staats- und Regierungschefs der 192 UN-Mitgliedsstaaten beschlossenen und bis 2015 zu verwirklichenden Millenniumsziele ist es arg bestellt. Etliche Probleme – extreme Armut, Bildungsmisere, übertragbare Krankheiten und fehlende gesundheitliche Betreuung – haben sich weiter verschlimmert.

Nur ein Zwanzigstel der in einem Jahr für Rüstungszwecke verschwendeten Mittel würde ausreichen, um Hunger und Unterernährung von über einer Milliarde Menschen auf der Welt ein Ende zu bereiten, um zu verhindern, dass alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren verhungert, um zu vermeiden, dass 50 Millionen Menschen Jahr für Jahr an Hunger, Seuchen und fehlender ärztlicher Betreuung sterben. 50 Millionen – fast so viel, wie es in sechs Jahren des Zweiten Weltkrieges Opfer gab!

Ein geringer Teil der für die Produktion von Massenvernichtungswaffen und Krieg verausgabten Mittel würde ausreichen, um das Analphabetentum von 770 Millionen Menschen zu überwinden.

Eine friedliche Welt würde verhindern, dass, wie heute, viele Millionen Menschen als Flüchtlinge in ihren von Krieg heimgesuchten Ländern umherirren oder in fremden Ländern Asyl suchen.

Indes wird die „Modernisierung“ der NATO-Verbände kostenaufwändig fortgesetzt und die NATO-Strategie für den präventiven atomaren Erstschatz weiter ausgearbeitet. Der Krieg in Afghanistan wird immer opferreicher.

Mehrheitlich lehnen zwar nicht nur in Deutschland die Bürger den Einsatz der NATO-Streitkräfte in Afghanistan ab. Doch dass die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse immerwährend Aggressivität gebären ist den meisten Menschen nicht bewusst. In unserem Lande ist von den

herrschenden Kräften längst die Verpflichtung verworfen, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe.

Die Bundesregierung veranstaltet kein Jahr des Friedens. Der Bundestag wurde, wie gesagt, nicht zu einer Gedenkveranstaltung anlässlich des 70. Jahrestages des vom faschistischen Deutschland angezettelten Zweiten Weltkrieges einberufen.

Die Teilnahme der Bundeswehr an Ressourcen- und „Neuordnungskriegen“ wird als „humanitäre Hilfsaktion“ oder als „Stabilisierungseinsatz“ hingestellt und damit versucht, das Volk für dumm zu verkaufen.

Vergessen werden soll eine so einfache Wahrheit, wie sie im Mai 1999 zur Friedensmanifestation auf dem Gendarmenmarkt auf einem breiten Spruchband am Hauptportal des Schauspielhauses zu lesen war:

„Gäbe es die DDR, es gäbe keinen deutschen Angriff auf Jugoslawien“.

Die Wahrheit zu verbreiten über die Friedenspolitik der DDR und die Verbrechen des Imperialismus, die er immer wieder über die Menschheit gebracht hat und bringt gebietet das im Potsdamer Abkommen enthaltene Vermächtnis der Völker der Antihitlerkoalition und der Schwur der Buchenwalder: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“

Aufklärung ist das Gebot der Stunde

Bert Brecht formulierte in seinem Grußschreiben an den Völkerkongress für den Frieden 1952 in Wien:

„Das Gedächtnis der Menschheit für erduldetes Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende ist fast noch geringer. Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden!“